

Hebammenmangel immer dramatischer

Murrerin Inge Seitz geht in den Ruhestand - Beruf für den Nachwuchs wegen schlechter Bezahlung und Arbeitszeiten unattraktiv

STEINHEIM

VON PATRICIA RAPP

„Ich kann bis Juli leider keine Frauen mehr annehmen, ich bin komplett ausgebucht. Bitte beschweren Sie sich bei Ihrer Krankenkasse, die sollen Ihnen eine Hebamme suchen, oder beim Bundestagsabgeordneten Eberhard Gienger“. Mit dieser Aussage auf ihrem Anrufbeantworter macht Sigrid Böhle auf den Hebammenmangel aufmerksam, der sich im Bottwartal mit dem Rückzug von Inge Seitz aus Murr in den Ruhestand noch verschärfen wird. „Es ist die Hölle“, betont Böhle. Derzeit gibt es in Steinheim, Großbottwar, Oberstenfeld und Beilstein Hebammen. Murr, Mundelsheim, Ottmarsheim, Auenstein und Abstatt sind unterversorgt. Im Prinzip muss man sich heutzutage nach dem positiven Schwangerschaftstest sofort um eine Hebamme kümmern.

Problem ist der fehlende Nachwuchs, betont die Kreisvorsitzende Ines Pantle, die mit 46 Jahren die jüngste Hebamme im Bottwartal ist. Viele junge Kolleginnen würden nur rund vier Jahre im Beruf bleiben und dann aufhören. Viele wählten zudem lieber die sichere Festanstellung in der Klinik als die Selbstständigkeit. „Eigentlich ist Hebamme ein Traumberuf, weil man mit wenig viel Gutes und die Weichen für die Beziehung Mutter-Kind stellen kann. Aber nicht zu diesen Arbeitszeiten, zu dieser Bezahlung und für diese Verantwortung“, sagt Pantle. Die Bezahlung sei unterirdisch. 37 Euro gibt es für einen Hausbesuch von der



„Wer den Beruf ordentlich macht, kann nicht davon leben.“

Sigrid Böhle
Hebamme

Krankenkasse, diese sieht eine Dauer von 20 Minuten vor, die Fahrzeit nicht mit eingerechnet. Die 20 Minuten reichen nirgendwo hin. „Ich brauch das Doppelte, wenn nicht sogar Dreifache bei einer Erstgebärenden“, so Böhle. Da die meisten Frauen nach drei Tagen aus dem Krankenhaus entlassen werden, müssen die Hebammen Fäden ziehen, Blutwerte kontrollieren und ähnliches. Es drohen die Neugeborenenengelsucht oder Nachblutungen. Wenn dann noch der Weg nach Prevorst dazukommt, lohnt sich der Aufwand in Relation zur Bezahlung überhaupt nicht mehr. Extra entlohnt werden Kurs oder besondere medizinische Leistungen wie Stillberatung. Die Arbeitszeiten sind schwierig, man hat keinen festen Arbeitsplan und muss am Wochenende jederzeit einsetzbar sein. Großes Thema ist auch die Haftpflichtversicherung. Zwar sei sie mit 670 Euro ohne Geburtshilfe für eine normale Hebamme zu leisten, aber

eben nicht für eine Hebamme, die nur zum Beispiel an den Wochenenden oder im Urlaub die Vertretung übernimmt. Trotz Teilzeitarbeit muss sie den vollen Betrag zahlen. „Frau Seitz wollte uns zum Beispiel im Urlaub vertreten, kann das aber nun doch nicht machen, weil es sich nicht lohnt“, sagt Pantle. Schließlich kommen noch Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung hinzu. „Wer seinen Beruf ordentlich macht, kann nicht davon leben“, zieht auch Böhle ein Fazit.



Wer eine Hebamme braucht, muss sich sehr früh um Termine kümmern - der Vorlauf beträgt rund sieben Monate.

Archivfoto: dpa

Die Klagen würden auf höherer Ebene aber nicht gehört, weshalb der Aufruf auf den Anrufbeantwortern der Hebammen, sich zu beschweren, die einzige Hoffnung ist. „Die schwangeren Frauen sind auch Kundinnen der Krankenkassen und Wählerinnen“, sagt Pantle. Mit dem Aufruf wollte man erreichen, dass die Krankenkassen aufhören zu behaupten, es gebe genug Hebammen. „Das Problem ist, dass nicht alle das gesamte Spektrum an-

bieten“, betont auch die stellvertretende Landesvorsitzende des Hebammenverbandes Christel Scheichenbauer aus Benningen. Auch arbeiteten nicht alle Hebammen in Vollzeit. Konkrete Zahlen gibt es nicht, da nicht alle Hebammen im Verband organisiert sind. Im Kreisverband sind derzeit 79 Hebammen gemeldet, an den beiden Kliniken Ludwigsburg und Bietigheim werden pro Jahr rund 4500 bis 5000 Kinder geboren. „Eine Er-

hebung der Zahlen würde Geld kosten, aber das will die Politik nicht zahlen“, sagt Scheichenbauer. Zwar sei im Januar ein runder Tisch zum Thema Geburtshilfe geplant, aber es fehlte den Hebammen die Lobby. Geholfen sei schon viel mit einem Fonds für die Versicherungsbeiträge und natürlich mit einer besseren Bezahlung. „Da sind sowohl die Krankenkassen als auch die Politik in der Verantwortung“, findet Scheichenbauer.